Platzjabbeck

Die Linke
Fraktion im Kölner Rat

Nr. 1, 26. Februar 2024

Die Linke – Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 0221-221-278 40, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de
www.linksfraktion-koeln.de

Kölner Schulen: Chancengleichheit als Ziel

Der Plan für die Kölner Schullandschaft der nächsten Jahre wurde über Monate im Schulausschuss und in den Bezirken diskutiert. Im Januar entschied der Ausschuss, die Verwaltung an zwei wichtigen Punkten zu korrigieren. Dem folgte der Rat am 6. Februar.

Für Die Linke ist das ein Achtungserfolg. Im Ausschuss hatte sie sich dafür eingesetzt, dass es bei Gesamtschulen und Förderschulen Korrekturen gibt. Linke, SPD, Grüne, FDP und CDU einigten sich schließlich auf einen Kompromiss. Dieser öffnet die Diskussion der kommenden Jahre über mehr Gesamtschulen und über einen Verzicht auf neue Förderschulen.

Bis 2027 beabsichtigt die Stadt immerhin sechs neue Gesamtschulen mit über 800 Plätzen zu gründen. Es ist aber fraglich, ob dies reicht. Deshalb hatten sich mehrere Bezirksvertretungen unzufrieden gezeigt. Die BV Kalk beschloss zwei zusätzliche Gesamtschulen in Neubrück und Humboldt-Gremberg. Die BV Lindenthal empfahl erneut die Gesamtschule am Salzburger Weg. Die BV Porz wünscht die beschleunigte Gründung einer weiteren Gesamtschule im Bezirk. Der Schulausschuss beschloss, die Verwaltung solle diese Vorschläge in der weiteren Arbeit berücksichtigen.

Die von der BV geforderte Gesamtschule in Neubrück, am Platz der dortigen Hauptschule, wurde ausgeklammert. Sie war nicht konsensfähig. Aber nach dem Ratsbeschluss von 2022 wird sowieso Mitte 2024 geprüft, ob die Hauptschule weiter viele freie Plätze auf- →

Zusammen gegen Rechts!

Hundertausende demonstrieren gegen Rechtsextremismus und gegen die AfD: Am 16. Januar in Köln rund 30.000 Menschen auf dem Heumarkt. Am 21. Januar folgten 70.000 dem Aufruf von Köln stellt sich quer und Arsch Huh zur Deutzer Werft.

Köln setzte Zeichen gegen Rechtsextremismus. Die demokratische Stadtgesellschaft war auf den Beinen. Linke Ratsmitglieder waren auf den Podien und bei der Vorbereitung dabei. Auch in den Tagen danach und bis heute finden bundesweit immer wieder Demonstrationen statt. Ermutigend sind die Demonstrationen in vielen kleinen Städten und Orten und auch in den östlichen Bundesländern.

Der Protest darf nicht abreißen! Wir Kölner Ratsmitglieder unterstützen die Aktivitäten von Köln stellt sich quer am 21. März, dem Tag gegen Rassismus, sich mit Aktionen „#15vor12FürMenschenwürde“ quer zu stellen. Das sind 15 Minuten für Menschenrechte und gegen Rechtsextremismus. Wir halten das für eine sehr gute Aktionsform, weil sie sowohl die Menschen in den Betrieben anspricht als auch vielfältige, kleinteilige und individuelle öffentliche Proteste ermöglicht. Bitte überlegt euch, was ihr tun könnt, wie ihr euch einbringen könnt.

Köln stellt sich quer plant für den 21. März nachmittags auch einen Sternmarsch durch die Kölner Innenstadt. Aktuelle Infos im Internet und im Folgenden der Aufruf.

Güldane Tokyürek, Uschi Röhrig, Sarah Niknamtavin, Heiner Kockerbeck, Michael Weisenstein, Jörg Detjen

Demokratie schützen, AFD bekämpfen - Aufruf zur Aktion #15vor12Für Menschenwürde

… Viele Menschen haben erkannt: Es ist höchste Zeit zu handeln! Angesichts der bevorstehenden Europawahl und der Landtagswahlen müssen die Brandmauern der de- →

Gemeinsam gegen Rechts!

mokratischen Parteien gegen die AfD erhöht werden. Für die großen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen bietet die AfD keine Lösungen. Im Gegenteil: sie leugnet den menschengemachten Klimawandel, sie tritt für Sozialabbau und gegen Mindestlöhne ein sowie gegen Steuererhöhungen für Wohlhabende und will die EU abschaffen.
Jede Stimme für die AfD ist eine Stimme gegen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Daher ist es höchste Zeit, das Verbindende der demokratischen Kräfte in den Vordergrund zu stellen im Einsatz für ein demokratisches, soziales Europa ohne Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus.

Nach den großen Demonstrationen in der Kölner Region mit mehr als 150.000 Beteiligten rufen wir als „Köln stellt sich quer“ für den internationalen Tag gegen Rassismus, den 21. März 2024, um Viertel vor zwölf mit #15vor12FürMenschenwürde auf zu Aktionen zur Verteidigung der Menschenwürde, des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, zur Bekämpfung aller Rechtsextremisten und der AfD als ihrem parlamentarischen Arm.

Für eine Viertelstunde bitten wir alle, egal, was sie gerade tun, innezuhalten und ein deutliches Zeichen zu setzen für das unantastbare Recht auf Menschenwürde: In Betrieben, Werkstätten, Büros und Verwaltungen, auf Sportplätzen, in Kultureinrichtungen, in Kitas, Schulen und Hochschulen.

Wir wollen sichtbar machen, dass wir in einer offenen, international geprägten Gesellschaft zusammenleben und uns nicht spalten lassen. Leben und Arbeiten wären nicht denkbar ohne Menschen mit Migrationsgeschichte. Eintreten für Menschenwürde bedeutet auch, basierend auf einer humanen Flüchtlingspolitik, Geflüchteten bessere ‚Zugänge zur Arbeitswelt zu ermöglichen.

Wir wollen, dass an Arbeits- und Ausbildungsplätzen eine Viertelstunde über Rassismus und die menschenverachtenden Deportationspläne der AfD diskutiert und überlegt wird, wie gemeinsames Eintreten für Menschenrechte und Menschenwürde tatsächlich aussehen kann – gegen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Antifeminismus, Homophobie und Transfeindlichkeit.

Wir wollen, dass an Arbeits- und Ausbildungsplätzen allen Menschen Solidarität und Wertschätzung entgegengebracht wird, unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiöser oder politischer Anschauung (Art 3 GG). – Dies ist eine deutliche Absage an die Pläne der AfD.

Wir hoffen auf zahlreiche Beteiligte mit unterschiedlichsten Aktionen, Ideen und kreativen Aktivitäten.

Mittendrin ist ein Verein, der für das Recht auf inklusive Beschulung kämpft. Zusammen mit Kindern mit und ohne Behinderung protestierten sie vor dem Schulausschuss am 22. Januar gegen den Neubau einer Förderschule in Kreuzfeld und für gleiche Bedingungen von Kindern im inklusiven Unterricht.

weist. Derweil hat die Initiative für eine Gesamtschule Neubrück 1300 Unterschriften gesammelt. Beides erhöht den Druck auf das Ratsbündnis, doch für eine Gesamtschule zu stimmen, wie LINKE und SPD dies tun werden.

Im neuen Stadtteil Kreuzfeld plante die Verwaltung bisher eine inklusive Gesamtschule - und eine neue Förderschule! Letztere zu bauen, wäre ein fatales Signal für die Inklusion. Diese einzige Reform des letzten Jahrzehnts an Schulen stagniert längst. Die Gymnasien wurden daraus verabschiedet. Manche Eltern melden ihr Kind wieder lieber an einer Förderschule an, da die Inklusion unterfinanziert ist. Land und Stadt schauen untätig zu.

Die Linke meint, dass das Geld für ein Schulgebäude stattdessen in das Gemeinsame Lernen fließen sollte. Zum Beispiel müssen Eltern in Köln ihre Kinder mit Behinderung oft jahrelang im PKW zur inklusiven Schule befördern und abholen. An der Förderschule bewilligt die Stadt deutlich öfter einen Bus. Der Elternverein „Mittendrin“ kritisiert diese Ungleichbehandlung seit langem.

Nun beschlossen Ausschuss und Rat, dass die Festlegung auf eine Förderschule in Kreuzfeld verfrüht ist. Diese würde frühestens 2030 eröffnet. Bis dahin kann sich viel am Wahlverhalten der Eltern ändern. Auf Vorschlag der Linken wird in einem Fachgespräch ein gutes Maßnahmenpaket für die Inklusion diskutiert, das die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik kürzlich vorlegte.

Studien belegen eine Benachteiligung von Kindern aus nicht-akademischen und einkommensärmeren Familien im Schulsystem. Und Kinder mit Behinderung sind weiterhin oft aus den Regelschulen ausgegrenzt. Mit Gesamtschulen und gut organisierter Inklusion kann sich dagegen ein Schulwesen entwickeln, das alle Kinder gemeinsam lernen lässt und soziale Unterschiede ausgleicht, anstatt sie zu vergrößern, wie es jetzt der Fall ist.

Heiner Kockerbeck

Aus den Bezirken

Innenstadt

Das Jahr 2023 in der BV Innenstadt...

22 Anträge hat Die Linke in der Bezirksvertretung Innenstadt – zumeist gemeinsam mit anderen Fraktionen – gestellt. Alle wurden mehrheitlich beschlossen.

Hier setzt sich die fortschrittliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit insbesondere mit den Grünen, den Klimafreunden und Die PARTEI fort, die in den vergangenen zehn Jahren immer wieder progressive Impulse in die Gesamtstadt aussenden konnte. Somit bleibt die Innenstadt ein wohltuender Gegenpol zu den seit Jahren erstarrten grün-schwarzen Verhältnissen im Stadtrat, ein Modell für das, was sein könnte und sollte. Sei es nun hinsichtlich der wiederkehrenden Debatten zu den Karnevals-Exzessen, der Notwendigkeit weiterer Erhaltungssatzungen, der Auseinandersetzung um das Laurenz-Carré, das Für und Wider neuer Hochhäuser, die Zukunft der Stadtbibliothek oder dem Schutz unserer Park- und Grünanlagen vor ausufernden Nutzungen.

Herauszuheben ist sicherlich die Sondersitzung am 30. März: Nie zuvor und nie mehr wieder kamen so viele interessierte Bürger*innen zu einer BV-Sitzung, der Ratssaal war bis auf den letzten Platz belegt. Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig, dass zum Gedenken an den Völkermord an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs die Statue „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ auf der Hohenzollernbrücke aufgestellt werden darf. Seit 2018 wurde dieses Kunstwerk immer wieder in den Schatten des Reiterstandbildes von Kaiser Wilhelm II gestellt, um regelmäßig von den Ordnungsbehörden wieder abgeräumt zu werden. Insbesondere die Initiative „Völkermord erinnern“ hat seitdem nicht nachgelassen, in Politik und Gesellschaft für ein ehrendes Gedenken an die Opfer zu wirken.

Verkehrspolitisch konnten zahlreiche Weichen gestellt werden. Es gab aber auch Rückschritte. Aus formalen Gründen wurde beispielsweise der Verkehrsversuch zur autofreien Deutzer Freiheit im Sommer gerichtlich gekippt. Die engen Grenzen des Straßenverkehrsrechts erlauben es derzeit nicht, Straßen zwecks Erhöhung der Aufenthaltsqualität zu sperren. Hier sind andere Lösungswege zu finden. Auch wie es am Brüsseler Platz weitergeht, bleibt bisweilen unklar.

Das Kölner Verwaltungsgericht hat hingegen im Dezember der Klage stattgegeben, wonach die BV Innenstadt befugt sei, den kleinen Offenbachplatz in Dirk-Bach-Platz umzubenennen. Die Stadtverwaltung hatte der Bezirksvertretung vorab die Kompetenz zur Umbenennung abgesprochen, wogegen der Bezirksbürgermeister erfolgreich geklagt hatte. Allerdings steht auch hier eine mögliche Revision an, weshalb der neuerliche Gang zum OVG in Münster wahrscheinlich ist. So ist zu bilanzieren, dass immer mehr Mehrheitsentscheidungen auf juristischem Wege verhindert oder verzögert werden. Da geht es auf der Ebene der bezirklichen Kommunalpolitik nicht viel anders zu als bei den großen Entscheidern in Berlin.

Michael Scheffer

Ehrenfeld

Venloer Straße dauerhaft Einbahnstraße!

Die erfolgreiche Straßenaktion der Linken zeigte: Viele freuen sich über die Einbahnstraße – der Lärm hat nachgelassen; die Polizei meldet eine „Tendenz zur Beruhigung der Unfalllage“. Der Automobilverkehr hat spürbar nachgelassen. Zu Fuß gehen und die Straße überqueren ist viel einfacher geworden.

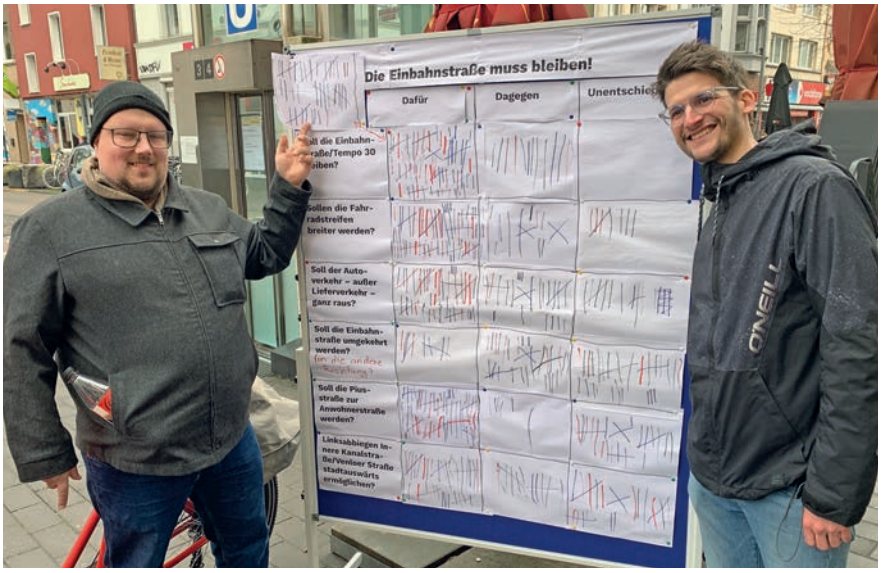
Noch haben sich nicht alle Autofahrenden an die neue Situation gewöhnt – nutzen nur die rechte Fahrbahnseite, statt in der Mitte zu fahren, vermehrtes Parken in den Seitenstraßen. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld geht davon aus, dass erst über einen längeren Zeitraum eine Gewöhnung eintritt.

Die Stadtverwaltung wird im zweiten Quartal 2024 eine große Verkehrszählung auf der Venloer Straße, den Parallelstraßen und den Nebenstraßen durchführen, deren Ergebnisse im dritten Quartal öffentlich zugänglich sein werden. Außerdem plant die Verwaltung gemeinsam mit den Anwohnenden Gestaltungsworkshops für die Ausgestaltung der Einbahnstraße zu veranstalten.

Die Überlastung von Piusstraße und Vogelsanger Straße durch Ausweichverkehr bedarf einer besonderen Lösung. Für die Vogelsanger Straße soll die Fertigstellung der Gesamtschule an der Heliosstraße/Vogelsanger Straße abgewartet werden, weil dann auch der Verkehr über den Gürtel neu geordnet werden muss. Die Linke hat in der Bezirksvertretung angeregt, die Piusstraße zur Anliegerstraße zu erklären.

Das Ziel der Linken in der Bezirksvertretung ist, die Einbahnstraße über den Verkehrsversuch hinaus als dauerhafte Lösung fortzuführen. Das wird voraussichtlich 2025 entschieden.

Ulrike Detjen

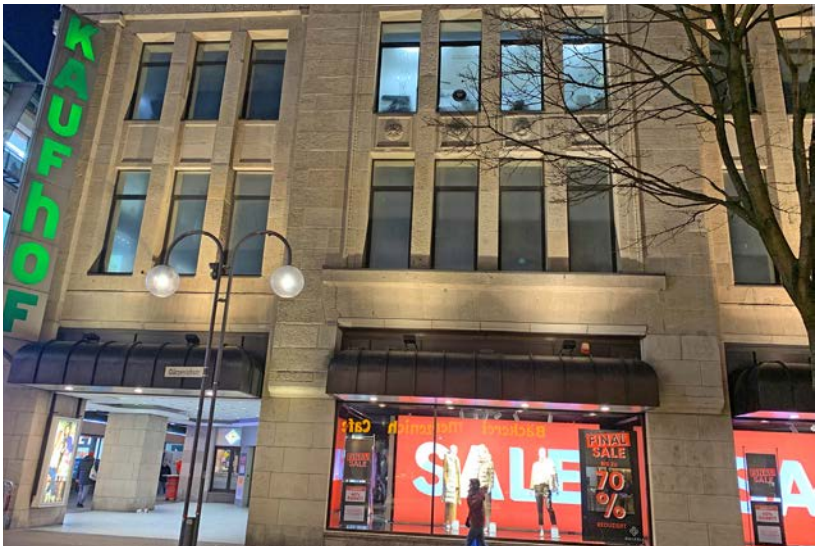


Viele beteiligten sich an unserer Umfrage am 3. Februar

GKK-Insolvenz: Die Dritte!

Galeria Karstadt Kaufhof (GKK) musste Anfang Januar im Sog der Pleite der Eigentümerin, der komplex verschachtelten Signa-Holding des österreichischen Immobilienmoguls Rene Benko, Insolvenz beantragen. Es ist die dritte Insolvenz in nur dreieinhalb Jahren. Ob dies auch das Aus für GKK und deren Beschäftigten bedeutet, oder ob es gelingt bis Ende April einen Investor mit Branchenexpertise zu finden, der ernsthaft am Handelsgeschäft mit allen Filialen interessiert ist, und dem es gelingt sich aus der Abhängigkeit von Signa-Retail zu lösen, ist jetzt die Aufgabe des Insolvenzverwalters.

Gelingt das nicht, gibt es für Köln, das mit der Schließung des Lagers in Porz, der Filiale in Weiden und der Verlagerung der Hauptverwaltung nach Essen bisher bereits gut 2.000 Arbeitsplätze verloren hat, neue Probleme – nicht nur in Nippes, sondern vor allem in der Innenstadt.



Fatal ist, die jetzige Insolvenz hat ihren Ursprung so gut wie ausschließlich im Zusammenbruch des Immobilienkonglomerats und dessen Unterfinanzierung.

Bereits Ende November hatte der Sportartikelhändler Sport-Scheck, eine weitere Signa-Tochter mit bundesweit 34 Filialen, eine davon in Köln, ein Insolvenzverfahren beantragt, das Ende März abgeschlossen sein soll.

Wie bei einem Dominospiel stürzt derzeit ein Unternehmen der Signa-Holding von Benko nach dem anderen in die Insolvenz.

Seit Jahren zeigte er Interesse an Handelsunternehmen in Europa und unternahm mehrere Anläufe, um zunächst Karstadt und später auch Kaufhof zu übernehmen, die ihre strukturellen Probleme nicht gelöst hatten. Es ging ihm dabei nicht etwa um das Handelsgeschäft; im Mittelpunkt seiner Begierden stand dabei das wertvolle Immobilieneigentum der Warenhäuser in den Zentren der deutschen und europäischen Großstädte und die Verbesserung seiner Kreditwürdigkeit.

Zwei Insolvenzen der Warenhäuser, auch ausgelöst durch die Corona-Pandemie und die daraus folgenden Maßnahmen, halfen Benko sich von gut 2,2 Mrd. Euro Schulden zu lösen und führten zu einer deutlichen Reduzierung des Filialnetzes von 215 (2008) auf nur noch 92 Niederlassungen (2021/22).
Die Zahl der zu gut 80 % weiblichen Beschäftigten bei GKK sank im gleichen Zeitraum um 25.000 von 42.500 auf 17.299 Arbeitnehmer*innen. Die meisten der langjährig Beschäftigten wurden über die Konkurssozialpläne mit einem vergleichsweise feuchten Händedruck verabschiedet.

Parallel wurde den aktuell ca.15.000 verbliebenen Arbeitnehmer*innen ein Einkommensverzicht abgepresst, der deutlich unter den Bedingungen des Branchentarifvertrages liegt, der noch immer wirkt.

Mit weit über 120 Mio. Euro Insolvenzausfallgeld aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung und etwa 680 Mio. Euro Corona-Staatshilfen aus Steuermitteln, von denen nun gut 600 Mio. Euro verloren sein dürften, wurde Benko bisher gestützt. Das dürfte jetzt ein Ende haben.

Eine Stärkung des Handelsgeschäftes – obwohl es nach Angaben der Galeria-Unternehmensleitung gut lief – wurde aber nicht erreicht, da die Signa-Retail, Eigentümerin der Immobilien, ihre Monopolstellung beim Abschluss der Mietverträge benutzte, um aberwitzige Mieten abzupressen. Diese liegen laut Insolvenzverwalter Denkhaus in den Filialen im Eigentum der Benko-Gruppe weit über dem Branchendurchschnitt von 7 – 11 % bei ca. 20 % des Umsatzes.

Den Vogel schießt dabei Galeria Kaufhof Köln in der Hohe Straße mit 31,8 % vom Umsatz ab.

Das lässt dem Warenhaus nicht die Luft, um das Handelsgeschäft zu entwickeln, sondern verfolgt die Absicht, den Gebäudewert zu steigern, um wiederum neue Kredite zur Finanzierung der internationalen Immobilienprojekte zu erlangen.

Der Anstieg der Zinsen und das Ende des Immobilienbooms führten letztlich auch zum Ende des unterfinanzierten Benko-Casinos.

Im angelaufenen Verfahren wird langsam deutlich, wie in dem verschachtelten Firmenreich hunderte Millionen zwischen der Signa-Gruppe und Benkos Familienstiftungen verschoben wurden, noch kurz bevor das Unternehmen Insolvenz anmeldete.

Viele der vermögenden Investoren aus Wirtschaft und Politik, die bei Signa investiert hatten, bangen nun zu Recht um das von ihnen eingezahlte Geld, und fragen sich, wie viel davon in Benkos Privatvermögen gelangt sein könnte.

Unabhängig vom Ausgang dieses Wirtschaftskrimis (erste Strafanzeigen sind bereits erfolgt) müssen viele Kommunen sich jetzt auch fragen, wie es mit den nun brachliegenden Immobilienprojekten weitergehen soll.

Bernd Petri

Aus den Ausschüssen

Schule

Kölner Grundschulen im Bildungsnotstand

Über 550 Kinder konnten beim den Anmeldungen an Grundschulen in diesem Jahr keinen Platz an ihrer Wunschschule bekommen. Im zweiten Jahr konnte damit die Stadt den Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ wegen Platzmangels nicht umsetzen.

Der große Mangel an Schulplätzen ist endgültig an Grundschulen angekommen. Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Die Schulverwaltung hat bereits 2020 angemahnt, dass 30 neue Grundschulen bis 2030 entstehen müssen. Bisher konnte der Kölner Schulbau trotzdem nur acht Gebäude bereitstellen. Geht es in diesem Tempo weiter, gibt es bis 2030 nur 20 neue Schulen. Bei der städtischen Gebäudewirtschaft sind unterdessen weiterhin rund 80 Stellen vakant.

Und es zeigt sich eine soziale Schieflage. Seit Jahren ist bekannt, dass es Grundschulen gibt, die 60 % der Kinder im SGB-II-Bezug haben und andere nur 1,5 %. Nun gibt es in den linksrheinischen Stadtbezirken in der Summe freie Plätze. Aber auf der Schäl Sick fehlen in Mülheim und Porz jeweils 80 bis 90 Plätze, ebenso in geringerer Zahl in Kalk und Chorweiler.

Die Situation wird dadurch verschärft, dass erstmals 877 Kinder das erste Schuljahr wiederholen müssen. Die Zahl hat sich in den letzten Jahren fast verdoppelt. Die Schulverwaltung arbeitet an einem Bericht über die Gründe darüber. Aber schon jetzt ist deutlich, dass Grundschulen in sozial benachteiligten Stadtteilen in hohem Maße davon betroffen sind: im Kölner Norden, im Rechtsrheinischen und am Kölnberg.

Die lokale Presse hat Schulleiter*innen aus betroffenen Schulen befragt. Unisono berichten sie von Kindern, die keine Schere bedienen können, Defizite im Sozialverhalten und zu wenige Sprachkenntnisse haben. Das „Sitzenbleiben“ hat für ein Kind starke Nachteile. Das weiß man auch an den Schulen.

Aber die frühkindliche Bildung vor der Schule wird seit Jahren vernachlässigt. Die deutsche „Schuldenbremse“ lässt grüßen. Kitas haben große Probleme genügend Erzieher*innen einzustellen, um ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. In den ärmeren Stadtteilen fehlen am meisten Kitaplätze. In die Integration von Zugewanderten wird nicht genügend investiert, obwohl unser Land Zuwanderung braucht.

Und Grundschulen in sozial benachteiligten Veedeln benötigen dringend eine bevorzugte Ausstattung mit Personal und Räumen nach Sozialindex. Sie kämpfen mit Herausforderungen, die Schulen in bürgerlichen Stadtteilen auffallend weniger haben. An ihnen werden die Lehrerstellen oft nicht besetzt. Es zeigt sich: Die Protestbewegung „Bildungswende jetzt!“ wird dringend gebraucht.

Heiner Kockerbeck

Schule

Inklusion statt Segregation in Kreuzfeld!

Die von der Stadtverwaltung vorgelegte Beschlussvorlage zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung sieht vor, im neu entstehenden Stadtteil Kreuzfeld drei Grundschulen, eine Gesamtschule und eine Förderschule zu errichten. Diese soll durch Gewerbegebäude von der Gesamtschule abgegrenzt werden.

Ein solcher Beschluss wäre fatal! Im September 2023 kritisierte die UN-Behindertenkonvention die deutsche Inklusionspolitik scharf. Die Segregation von Menschen mit körperlichen sowie geistigen Einschränkungen darf in Deutschland kein Zustand sein. Doch sie wird praktiziert: in der Förderschule, in der Werkstatt für behinderte Menschen oder in Wohnheimen. Das soll zwar Menschen mit Behinderung unterstützen, ist aber in der Regel nicht der Weg in die Mitte der Gesellschaft. Die Linke unterstützt den Änderungsantrag der StadtAG Behindertenpolitik und fordert statt einer von den anderen Bildungsgebäuden abgegrenzten Förderschule einen inklusiven Bildungscampus des Gemeinsamen Lernens. Hierzu unterstützt die Linke einen von der CDU eingebrachten Antrag.

Inklusion ist kein unbeschwerter Weg, doch ist sie in einer modernen Gesellschaft unumgänglich. Auf den ersten Blick scheint es so, als wären Inklusionsprojekte wie Gemeinsames Lernen nur einseitig vorteilhaft. Allerdings können wir in einer diversen Gesellschaft mehr über uns als Menschen lernen, als uns jede Schule beibringen kann.

Lennard Korda, Schülerpraktikant

Soziales

Finanzieller Ausgleich für soziale Träger

Der Rat der Stadt Köln hat sich in seiner Dezembersitzung parteiübergreifend dafür ausgesprochen, dass die sozialen Träger einen finanziellen Ausgleich für die gestiegenen Kosten erhalten (Platzjabbeck, Nr. 7/2023, Seite 1ff).

Dazu wurde der städtische Strukturfonds um 5 Mio. Euro auf 10 Mio. Euro aufgestockt und die Verwaltung beauftragt zu prüfen, wie die pflichtigen Kosten - insbesondere im OGS- und Kita-Bereich - bezahlt werden können.

Die Verwaltung arbeitet daran. Bei den Mitteln aus dem Strukturfonds gab es bisher immer einen Eigenanteil von 20 %. Nach Kritik im Sozialausschuss soll dieser Eigenanteil entfallen. Das ist ein wichtiger Schritt.

Bei den pflichtigen Kosten für den OGS- und Kita-Bereich sind die Kostensteigerungen enorm. Sie liegen bei weit über 10 Mio. Euro pro Jahr. Die genauen Summen werden derzeit ermittelt.

Die Linksfraktion hat bereits in der Dezember-Ratssitzung darauf hingewiesen, dass die AWO in Ostwestfalen-Lippe 120 Kitas geschlossen hat, weil sie die Kosten nicht mehr ausgeglichen bekommen.

Daran sollte sich die Stadt nicht ein Beispiel nehmen! Wenn die Wohlfahrtsverbände ihre Einrichtungen schließen, werden diese Pflichtaufgaben für die Stadt nur noch teurer.

Bis zur nächsten Ratssitzung am 21. März muss dieses Problem im Sinne der Beschäftigten und der Träger gelöst werden.

Jörg Detjen

Integrationsrat

Die Linke lehnt Bezahlkarten für Asylbewerber*innen ab

Im Moment gibt es eine Debatte um die Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber*innen in den Kommunen. Die AfD hatte zur letzten Ratssitzung beantragt, diese so schnell wie möglich einzuführen, diesen Antrag aber zu Beginn der Sitzung wieder zurückgezogen.

Die Linke hätte sich eine klare Positionierung der demokratischen Parteien gegen die Bezahlkarte gewünscht. Denn gerade gehen hunderttausende Menschen jede Woche auf die Straße, um sich dem extrem rechten Gedankengut der AfD entgegenzustellen. Jetzt ist die Zeit, dass die demokratischen Ratsfraktionen hier klare Kante gegen die AfD zeigen und Bezahlkarten eine deutliche Absage erteilen.

Bezahlkarten bedeuten viel bürokratischen Aufwand. Genau deswegen hat der Kölner Rat sich vor ca. 20 Jahren geweigert, Sachleistungen statt Geld einzuführen. Dass die Kommunen die hohen Kosten für die Einführung tragen sollen, macht diese Diskussion völlig absurd.

Die Bezahlkarte soll Asylbewerber davon abhalten, Geld in ihre Heimat zu überweisen. Doch der Umfang dieser Transaktionen ist lächerlich gering. Wenn es den Befürwortern der Bezahlkarte wirklich um die Staatsfinanzen gehen würde, würden sie das riesige Problem der Steuerhinterziehung effektiver angehen. Stattdessen wird auf dem Rücken von Minderheiten rassistisch Stimmung gemacht.

Sarah Niknamtavin

Kultur

Kölner Großprojekte und die Historischen Mitte

Mit dem Vorschlag einer neuen Historischen Mitte mit Kölnischen Stadtmuseum und Römisch-Germanischen Museum begann vor 10 Jahren die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Hohe Domkirche. Nun hat die Hohe Kirche die Zusammenarbeit aufgrund der drastisch gestiegenen Kosten beendet.

Nach dem geplatzten Prestigeprojekt muss die dringende Sanierung des Stadtmuseums und des Römisch-germanischen Museums sichergestellt werden. Ein einmaliges, denkmalgeschütztes Museum mit einer zudem denkmalgeschützten Ausstellung macht dies absolut notwendig. Projekte, welche mit hohen Planungskosten verbunden sind und nicht gebaut werden, verschwenden zu viele Ressourcen, die an anderen Stellen sinnvoll wären.

Der Ausstieg der Kirche eröffnet aber auch die Chance für das Kölner Stadtmuseum. Es sollte als Neubau in der Historischen Mitte integriert werden. Nun kann es nach dem Interim an seinen ursprünglichen Ort, dem Zeughaus, zurückkehren. Das hatte Die Linke immer wieder gefordert. Nun hat sich auch OB Reker dafür ausgesprochen. Das Zeughaus liegt an einem zentralen Standort und ist damit eine erstklassige Adresse für das Stadtmuseum.

Viel zu spät wird die Debatte um Kölner Großprojekte unter dem harten Druck der Kosten realistischer. Überteuerte Prestigebauten im Zentrum sind keine sinnvollen Investitionen. Inwiefern die Finanzierung anderer Großprojekte nun auf der Kippe steht und welche Chancen sich daraus ergeben, ist zu ermitteln. Die eingesparten Ausgaben für die Historische Mitte sollten der Kultur und Sozialem in den Stadtteilen zugutekommen. Öffentlicher Verkehr, gefördertes Wohnen, Bildung und Gesundheit müssen als soziale Infrastruktur für alle ausgebaut werden.

Heiner Kockerbeck, Jörg Kobel

Mülheim

Leerstehende Siedlung in Stammheim

Unsere Fraktion hatte eine Aktuelle Stunde zum Thema „leerstehende Wohnungen in der GAG-Siedlung Köln-Stammheim“ beantragt. Wir forderten aktuelle Informationen und hofften anschließend eine konstruktive Vorgehensweise beschließen zu können. Die Realität sah leider ernüchternd aus.

Weder Verwaltung noch GAG sahen es als erforderlich an, persönlich zu erscheinen, um Antworten auf kritischen Fragen zu geben.

Stattdessen gab es eine Mitteilung des zuständigen Dezernenten Dr. Rau, der sich nicht zu schade war, einen müden GAG-Stellungnahme-Aufguss weiter zu reichen, der ungefähr den Antworten auf eine Anfrage aus 9/2023 entsprach. Er selbst sah sich auch nicht veranlasst, eine eigene Stellung zu beziehen. Traurig für jemanden, der sich auch auf die Fahnen geschrieben hat, die Situation von wohnungslosen bzw. obdachlosen Menschen in Köln zu verbessern.

Im Publikum saßen Vertreter*innen des Aktionsbündnisses gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung, das seit dem 16.12.2023 jeden Samstag eine Mahnwache vor dem GAG-Kundenzentrum in Köln-Stammheim inklusive Demonstration organisiert. Auch Die Linke nahm an diesen Aktionen teil und konnte miterleben, dass es immer wieder Einwohner*innen der Siedlung gab, die beherzt das Mikrophon entgegennahmen, um über ihre Erfahrungen zu berichten. Es wurde mitgeteilt, dass die GAG in der Vergangenheit auf die solide Bausubstanz der betroffenen Häuser hingewiesen hatte, so dass Mieter*innen ihre Wohnungen noch renovierten; dann aber wenige Monate später mitgeteilt bekamen, sie müssten mittelfristig doch ausziehen.

In den älteren Häusern der Siedlung stehen Wohnungen immer wieder monatelang und auch länger leer. Ein solches Verhalten entspricht in keiner Weise einer Wohnungsgesellschaft, die auf ihrer Homepage verkündet, „lebenswerten und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und breiten Schichten der Bevölkerung Wohnraum zu sozial angemessenen Bedingungen anzubieten. Für sie sei und blieb Wohnraum ein Sozialgut.“

Beate Hane-Knoll

Verfahren zu Dezernatswahlen

Grünen, CDU, SPD, FDP und volt beschließen nur das Nötigste

In der Ratssitzung am 6. Februar wurde über ein Verfahren zur Wahl der Dezernent*innen (Beigeordneten) entschieden. Die Fraktion Die Linke hatte in der Vergangenheit erfolgreich gegen das praktizierte, fehlerhafte Verfahren Beschwerde eingelegt und von der Bezirksregierung Recht bekommen. So erklärte die Bezirksregierung die Wahl des Stadtentwicklungsdezernenten Herrn Haack für ungültig.

Bereits in der Dezembersitzung hatte Die Linke einen Antrag eingebracht, in dem ein konkretes Verfahren vorgeschlagen wurde. Das Mehrheitsbündnis vertagte den Antrag auf die nächste Sitzung.

Schließlich legten die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt einen schmalen Änderungsantrag über unseren, in dem es heißt: Der Rat „beschließt den Leitfaden der Bezirksregierung Köln zur Wahl von Beigeordneten“.

Der Antrag der Linken bezieht sich auch auf den Leitfaden, der selbstverständlich umgesetzt werden muss. Aber es gibt auch Fragen, die dort offen gelassen werden.

So schlägt die Linke eine Findungskommission vor und einen Weg, die Bewerbungsunterlagen den Ratsmitgliedern zugänglich zu machen. Die Linke macht ebenfalls Vorschläge für den Fall der Einschaltung einer Personalberatungsfirma.

Der Rat hat jetzt Richtlinien der Bezirksregierung beschlossen, die für ihn ohnehin gelten. Das Mehrheitsbündnis stellte sich nicht den konkreten Problemen, wie sie im letzten Jahr drastisch zu Tage getreten sind. Die Linke dagegen setzte sich für eine konkrete Lösung der Probleme des Wahlverfahrens ein. Grüne, CDU, SPD, FDP und volt dagegen haben die Probleme auf den neuen Rat abgeschoben, der sich dann ab 2025 erneut mit dem Thema befassen muss.

Güldane Tokyürek

Mord – Täter gefasst – alles gut? Linkes Kino goes Theater

linkes KINO KÖLN

Im Dezember hatte „Soko Tatort“ – von Nele Stuhler – Premiere im Kölner Schauspielhaus. Für die Vorstellung am 16. Dezember 2023 hatte die AG Linkes Kino ein anschließendes Publikumsgespräch mit der Videokünstlerin Nazgol Emani und dem Schauspieler Nikolaus Benda organisiert.

Seit Jahrzenten steht das Krimigenre in der Film- und Fernsehlandschaft felsenfest. Und es wächst sogar: Über 50 % des deutschen Fiktion-TVs besteht mittlerweile aus Krimiformaten. Aber warum? Was finden wir so spannend an Mord- und Totschlag, an der Polizeiarbeit, die da auf dem Bildschirm geleistet wird? Und wie prägen SOKO, Tatort und Co. unsere Sicht auf die Polizei? Denn seit es diese als staatliche Institution gibt, gab es ebenfalls Stimmen, die das Machtmonopol der Menschen in Blau kritisieren. Die Regisseurin Nele Stuhler stellt mit ihrem Stück das Krimigenre auf den Kopf, fragt nach Gerechtigkeit und hinterfragt die Notwendigkeit dieser staatlichen Institution, die sich in der Menschheitsgeschichte scheinbar alternativlos präsentiert.

In der von Mika Swenshon moderierten Runde geben Emani und Benda für je ihren eigenen Bereich spannende Einblicke - Soko Tatort war von Anfang an als Stückentwicklung konzeptioniert, Mitarbeit war ausdrücklich gewünscht und im Fall von Emani auch mit stückprägend. Jede/Jeder Akteur*in war aufgefordert sich mit einem Thema aus dem Komplex Krimi/Polizei/Gewaltverhältnisse in die Vorbereitung einzubringen. Benda entschied sich für Polizei und Rap, in der Aufführung wurde dies umgesetzt als mitreißende Musiknummer. Die ganz unterschiedlichen Ideen fanden sich fragmentarisch in der Aufführung wieder, zusammengesetzt von Nele Stuhler und visuell unterstützt durch Videoimpulse von Nazgol Emani. Gleichzeitig war die Vielfalt der Themen aber auch Anlass zur Kritik: Vieles wurde eben auch nur angerissen und manchen Zuschauern fehlte die Ernsthaftigkeit, z.B. zu den Themen Überwachungsstaat oder willkürliche Staatsgewalt. Benda und Emani entgegneten diesem Einwand, dass für die Regisseurin die Lust am Theatermachen und -spielen im Vordergrund stand. Soko Tatort ist keine dokumentarische Abrechnung mit der Krimiflut in den Medien.

Für die AG Linkes Kino und das Publikum war es ein Theaterabend mit gelungenen Impulsen, mit einigen Fragenzeichen und mit besonderen Einsichten in eine Stückentwicklung.

Renate Alves

Foto: Fenja Swenshon

Wir fahren zusammen ...

Die KVB-Haltestelle Sülzburgstraße ist voller Wartender. Die letzten zwei Bahnen waren ausgefallen. Endlich kommt eine, die ist rappelvoll. Sie kann nicht weiterfahren, Leute stehen in den Türen, die gehen nicht mehr zu. Der Fahrer kommt aus seiner Kabine, ist genervt: „Wegen Euch kriegen wir noch mehr Verspätung“. Die Fahrgäste keifen zurück, beschimpfen den Fahrer. Eine inzwischen alltägliche Szene in der KVB.

Und jetzt streiken sie auch noch? Dieses Mal noch nicht einmal für höhere Löhne, sondern für erträgliche Arbeitsbedingungen. Neun Stunden Arbeitszeit, dann noch zusätzliche Wege, weil sie als Fahrerin an der einen Haltestelle anfangen, aber an einer anderen aufhören. Sie fordern Schichtzulagen, vor allem bei Wechselschichten.

Gökhan, ein 35-jähriger Busfahrer, erzählt; „Normalerweise haben wir an der Endhaltestelle drei bis vier Minuten Wendezeiten, für einen Toilettengang, vielleicht auch mal, um zuhause anzurufen. Doch dann haben wir Verspätung und müssen gleich durchstarten.“ Kein Wunder, dass viele der Fahrerinnen und Fahrer am Limit sind. Die Folge: Ein Krankenstand von 20 Prozent. Noch mehr Bahnen und Busse fallen aus, noch mehr Stress auf allen Seiten.

Aber sie ernten nicht nur Beschimpfungen. Die „Fridays for Future“ und mit ihnen verbundene Gruppen, wie zum Beispiel die „Grannies for Future“ haben sich mit Verdi-Beschäftigten in der Initiative „Wir fahren zusammen“ zusammengeschlossen. Die Klimaaktivist*innen wollen die Verkehrswende, und dafür brauchen wir einen attraktiven, gut funktionierenden und preiswerten öffentlichen Nahverkehr. Genau das wollen die Beschäftigten auch.

Warnstreik der KVB am 2. Februar: etwa 50 „Fridays“ und „Grannies“ ziehen zur KVB-Zentrale in der Scheidtweiler Straße. Sie suchen das Gespräch mit den dort versammelten Streikenden. Die miesen Arbeitsbedingungen sind das Ergebnis des Kaputtsparens des ÖPNV, der Vernachlässigung der Verkehrswende, stellt Esther von „Wir fahren zusammen“ fest. Marco Steinborn, Vertrauensmann und Betriebsratsvorsitzender, sieht es genauso. Die KVB braucht mehr Personal, und das braucht Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen. Doch der Vorstand fordert: Mehr Produktivität. Wie soll das unter diesen Bedingungen möglich sein?

Mehr Personal kostet mehr. Müssen das die Fahrgäste bezahlen? In Köln machen die Fahrpreise rund 80 % des Umsatzes aus – in anderen Städten sind es etwa 60 Prozent. Der öffentliche Nahverkehr ist keine Cash-cow, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die KVB ist Teil der Stadtwerke, eines kommunalen Betriebes. Da hat also der Stadtrat mitzureden.

Deshalb hat die Linksfraktion eine Aktuelle Stunde zum Thema „Arbeitsbedingungen und Ausbau der KVB“ beantragt. Vor der Ratssitzung am 6. Februar warten etwa 40 GewerkschafterInnen und andere TeilnehmerInnen der Initiative „Wir fahren zusammen“ vor dem Rathaus. Nach und nach kommen Vertreter aller Fraktionen und nehmen die über 6000 Unterschriften für eine Verkehrswende und einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs entgegen. Klar sind sie alle dafür. Dann die Ratssitzung. Die FDP beantragt eine Aktuelle Stunde über die Ergebnisse einer ADAC-Studie. Darin wird festgestellt: Das größte Verkehrsproblem sind die teuren Parkgebühren in der Innenstadt. Alle außer der Linksfraktion, also auch SPD und Grüne wollen lieber über die ADAC-Studie als über die KVB sprechen. Natürlich ist das für Güldane Tokyürek von der Linken trotzdem eine Gelegenheit, für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu sprechen und sich mit den Forderungen der KVB-Beschäftigten zu solidarisieren.

Es wird weitergehen. Fridays und die Initiative „Wir fahren zusammen“ rufen zum Klimastreik am 1. März auf. Der KVB-Vertrauensleutevertreter Marco Steinborn erklärt seine Solidarität, es geht ja ums gemeinsame Ziel. Selbstverständlich solidarisiert sich auch die Linksfraktion damit.

Karl-Heinz Heinemann

Im Kölner Rat lieber ADAC als #wirfahrenzusammen?
Die Linksfraktion hat den Vorschlag des Bündnisses #wirfahrenzusammen aufgegriffen und eine Aktuelle Stunde zu Arbeitsbedingungen und Ausbau der KVB beantragt.
Die anderen Ratsmitglieder haben diesen Vorschlag abgelehnt. Der Rat diskutiert stattdessen auf Antrag der FDP über die ADAC Befragung „Mobil in der Stadt“.
Bei FDP und CDU wundert das nicht, aber was ist in die grüne Fraktion gefahren?
https://www.wir-fahren-zusammen.de/

Ertüchtigung der Ost-West-Achse

Die dritte Alternative ist die beste

Beim Thema Ertüchtigung der Ost-West-Achse wird in der öffentlichen Debatte immer nur über zwei Alternativen diskutiert: Den Einsatz von 90 m-Langzügen auf der Linie 1 oberirdisch – oder alternativ im Tunnel. Durch Verlängerung der Züge werde die Kapazität um 50 % erhöht, sagen die Befürworter. Doch es gibt eine dritte Alternative: Erhöhung der Beförderungskapazität durch Taktverdichtung unter Beibehaltung der 60 m-Züge.

Eine Taktverdichtung auf der Ost-West-Achse scheitert nicht an den Außenästen, sondern in der Innenstadt an den beiden Haltestellen Heumarkt und Neumarkt, die als einzige Haltestellen der Ost-West-Achse drei Bahnlinien (1,7,9) pro Bahnsteig abfertigen müssen.

Diese beiden Nadelöhr-Haltestellen können aber ertüchtigt werden: durch Umbau zu versetzten Doppelhaltestellen, eine Haltestelle je Richtung, mit Mittelbahnsteig und jeweils zwei Bahnsteigkanten zum Ein- und Ausstieg (siehe Grafik). Dies ermöglicht eine rasche Abwicklung und ist sehr kurzfristig und preisgünstig umsetzbar.

Das Verkehrsdezernat selbst hat in den vorgelegten oberirdischen Plänen auch eine Variante (Variante 8.2) mit versetzten Bahnsteigen am Neumarkt beschrieben: eine Haltestelle an heutiger Stelle und einer in der Cäcilienstraße vor der VHS. Diese Variante wäre auf jeden Fall vorzuziehen gegenüber derjenigen, die 4 Gleise auf den Neumarkt vorsieht und damit den halben Platz und die Baumreihe zerstören würde.

Aber bei 90 m-Langzügen funktionieren versetzte Haltestellen nur am Neumarkt. Am Heumarkt ist dafür kein Platz. Bei der Verwirklichung des Langzug-Konzeptes würde der Heumarkt für immer das Nadelöhr bleiben, denn er würde nur maximal zwei Gleise haben können. Damit wären weitere Kapazitätserhöhungen für immer ausgeschlossen – und im Tunnel sogar noch buchstäblich zementiert.

Das Alternativmodell mit den 60-Meter-Zügen und versetzten Doppelhaltestellen an Heumarkt und Neumarkt ermöglicht eine Taktverdichtung und bringt damit 66 % höhere Beförderungskapazität auf der Linie 1 sowie 33 % auf der Linie 7.

Das Konzept wurde vom Bündnis Verkehrswende entwickelt und wird auch von den Bürgerinitiativen des Kölner Westens unterstützt, die ebenfalls gegen die Verlängerung der Haltestellen sind und eine fahrgastfreundliche Taktverdichtung fordern.

Demgegenüber würde bei 90 m-Langzügen lediglich die Kapazität auf einer von drei Linien erhöht, nämlich nur auf der Linie 1. Der Grund dafür: Die Linien 7 und 9 haben auf ihren linksrheinischen Außenästen straßenbündige Strecken, auf denen die 90-Meter-Züge verboten sind. Eine Genehmigung für derart lange Stadtbahnen gibt es nur für Strecken mit eigenem Gleiskörper. Die vermeintlichen 50 % Mehrkapazität auf der Ost-West-Achse schrumpfen in Wirklichkeit auf deutlich unter 30 %. Und eine Taktverdichtung wäre mit solch langen Bahnen ausgeschlossen.

Es ist absurd und unsinnig, für so wenig Nutzen alle 34 Haltestellen entlang der gesamten Linie 1 von Weiden-West bis Bensberg umzubauen. Ein Umbau von Heumarkt und Neumarkt geht rascher und deutlich kostengünstiger, es könnte sofort mit weiteren ÖPNV-Projekten begonnen werden.

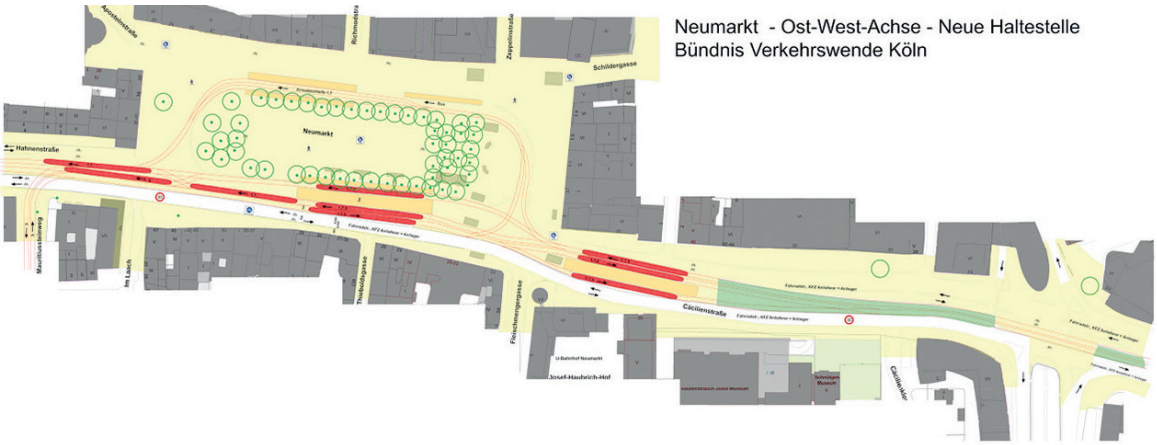
Der Betriebsablauf würde durch die Sonderlösung für die Linie 1 noch stärker beeinträchtigt als ohnehin schon (Umleitungen, Baustellen, Werkstätten, Betriebshöfe). Ein Verbleib bei den 60-Meter-Zügen auf oberirdischen Trassen hält das Liniennetz dagegen flexibler.

Zudem haben die längeren Haltestellen für 90-Meter-Züge auch negative stadträumliche Auswirkungen: eine starke Barrierewirkung nicht nur in der City, sondern auch in den westlichen Stadtteilen.

Am 14. April sollen sogar noch Testfahrten mit den 90 m-Langzügen stattfinden. Die Tunnelbefürworter werden dann argumentieren: Seht her, wie hässlich das aussieht, darum brauchen wir den Tunnel. Nein, wir brauchen ein vernünftiges Konzept für den oberirdischen Ausbau der KVB. Dazu gehört neben der Ertüchtigung der Ost-West-Achse auch der netz- und ringförmige Ausbau auf anderen Strecken, damit nicht alle immer durch die Stadtmitte müssen. Lücken sind zu schließen, Vororte an das Schienennetz anzubinden, mehr Rheinquerungen für Stadtbahn-, Rad- und Fußverkehr zu bauen.

Die Linksfraktion im Kölner Rat wird zeitnah einen Alternativantrag einbringen, der Taktverdichtung unter Beibehaltung der 60 m-Bahnen und versetzte Haltestellen an Heumarkt und Neumarkt beinhaltet. Für diese Alternative werden wir bei anderen Fraktionen, in Medien und in der Zivilgesellschaft werben.

Albert Meinhardt, Angela Bankert



Stadt zahlt drauf für Fußball-EM

„Der Rat der Stadt Köln fordert den Deutschen Städtetag auf, sich bundesweit dafür einzusetzen, dass alle Austragungsorte der Fußball-Europameisterschaft UEFA EURO 2024 einen zusätzlichen Ausgleich für die enorm gestiegenen Kosten für die Bereitstellung der Infrastruktur erhalten.“

Diesen Antrag stellt die Ratsfraktion der Linken in der letzten Ratssitzung am 6. Februar. SPD, KLIMA FREUNDE, Die FRAKTION und GUT unterstützten den Antrag, der keine Mehrheit fand.

Vier Wochen im Juni und Juli sollen Spiele für das Volk stattfinden, darunter fünf Spiele in unserer Stadt. Das Sportamt macht den Kölnerinnen und Kölnern, aber auch den Fans dazu zahlreiche Angebote.

Aber die städtischen Kosten dafür sind drastisch gestiegen, um 5,8 Mio. auf 11,86 Mio. Euro. Und wenn man das mit anderen Austragungsorten vergleicht, ist das noch moderat. Dortmund liegt bei über 30 Mio. und Berlin jetzt bei 83 Mio. Euro.

Köln musste die Sicherheitskosten um 3,8 Mio. Euro erhöhen, das sind 258 %. Es war richtig, dass die Verwaltung das Sicherheitskonzept noch einmal qualitativ verbessert hat. Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes und die guten Ergebnisse am 11.11. haben dies bestätigt.

Die Kosten in den Austragungsorten sind deutlich gestiegen, in Berlin innerhalb eines Jahres um 22 Millionen Euro.

Natürlich nehmen die Kommunen auch Geld ein, durch Stadionmieten, Übernachtungen, Restaurantbesuche, Einkäufe etc. Diese Einnahmen steigen aber nicht automatisch mit den steigenden Kosten der Austragungsorte. Die UEFA hat die vor Jahren ausgehandelten Stadionmieten nicht freiwillig erhöht.

Und als wir dann gelesen haben, dass die UEFA mit 1,2 bis 1,5 Milliarden Euro Gewinn rechnet, haben wir diesen Antrag gestellt. Es kann doch nicht sein, dass die Kommunen liefern und zahlen müssen und die Bundesregierung der UEFA auch noch Steuerfreiheit garantiert.

Und aktuell in Düsseldorf angefragt, ob die CDU/Grüne-Landesregierung ihren mageren Beitrag von 250.000 Euro aufstocken wolle, kam ein kategorisches Nein.

Die Ratsfraktion appellierte im Rat: „Wenn die Bundesregierung die UEFA von der Steuer befreit und die Austragungsorte im Regen stehen lässt, dürfen wir das nicht hinnehmen. Wir müssen politischen Druck aufbauen, damit die aktuellen Kostensteigerungen für die Austragungsorte von Bund, Land, aber auch von der UEFA noch einmal überdacht werden und über einen Ausgleich gesprochen wird.“

Jörg Detjen

Vom Mietertelefon zur Oberbürgermeisterin - Wie die KPÖ in Graz zur stärksten der Parteien wurde

Vortrag & Diskussion mit Ernest Kaltenegger

Eine Veranstaltung der Kölner Ratsfraktion der Linken, der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und des Rosa-Luxemburg-Gesprächskreises Sülz-Klettenberg

Rathaus (Spanischer Bau)
Sitzungssaal Kölner Linksfraktion
Rathausplatz 1
50667 Köln
11.3.2024, 19:30 - 21:00 Uhr

Graz ist ein Phänomen: Während in Österreich die rechtspopulistische FPÖ seit Jahren über 15 Prozent der Stimmen einfährt, und die Kommunistische Partei Österreichs, KPÖ, ständig unter einem Prozent bleibt, hat sie in Graz mit 29 Prozent Stimmanteil die stärkste Fraktion im Gemeinderat und stellt mit Elke Kahr die Oberbürgermeisterin. Die wurde übrigens gerade von der City Mayors Foundation in Anerkennung ihres „selbstlosen Einsatzes“ zur Weltbürgermeisterin gekürt.

An der Wiege dieses Erfolgs steht Ernest Kaltenegger. Er wurde 1998 Wohnungsstadtrat in Graz. Als erstes richtete er einen Mieternotruf ein, an den sich die Grazer*innen mit ganz konkreten Problemen wenden konnten. Dann kündigte er an, von seinem monatlichen Gehalt von 6000 Euro nur 2000 Euro zu behalten – etwa das Einkommen eines durchschnittlichen österreichischen Facharbeiters – und den Rest an einen Sozialfonds zu spenden, der Menschen in finanzieller Not bei der Bezahlung ihrer Miete und anderer Lebenshaltungskosten unterstützt. Seit 1998 sind KPÖ-Abgeordnete im Grazer Stadtsenat und im steirischen Landtag dieser Initiative Kalteneggers gefolgt und haben fast 2,5 Millionen Euro an über zwanzigtausend bedürftige Personen und Familien vergeben.

Das sei „Caritas“ und keine Politik, wurde er aus der KPÖ kritisiert. Diese Kritik übersieht jedoch, dass eine kleine Oppositionspartei kaum Möglichkeiten hat, greifbare materielle Vorteile für ihre Wählerschaft zu erzielen. Wenn, dann nur durch die Verbindung mit breiten öffentlichen Bewegungen. So haben die Grazer KommunistInnen mit einer Unterschriftensammlung durchsetzen können, dass niemand in den städtischen Wohnungen mehr als 30 Prozent seines Einkommens für Miete bezahlen muss. Für viele Menschen in Graz ist das Wort Kommunismus mittlerweile mit positiven Assoziationen verbunden.

Spürbare Erfolge in der Wohnungspolitik, eine glaubwürdige Alternative zum etablierten Politikbetrieb - was können wir von den Grazern lernen?

Karl-Heinz Heinemann

TERMINE

Mo., 26. Februar

Mut zur Radikalität: Metropolenpolitik für eine soziale und ökologische Stadt
Ref.: Katalin Gennburg, Sprecherin für Stadtentwicklung, Tourismus und Smart City der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, 19.00 Uhr, Ort: Sitzungssaal der Linksfraktion, Rathausplatz 1, Raum B 27, 50667 Köln

Verkehr verkehrt? Wie gelingt die Verkehrswende in Köln und in der Metropolregion Rheinland? Was ist kurzfristig zu tun, was ist langfristig nötig?, Gespräch und Diskussion, VA: Kath. Bildungswerk u. „Köln kann auch anders“, 19.30 Uhr, Domforum, Roncalliplatz 2, 50667 Köln

Di., 27. Februar

Grüne Zukunft für Kölns umstrittensten Hügel
„Eine Machbarkeitsstudie für den Kalkberg als Park und Freizeitangebot“, mit Christoph Hölzer (Ltg. Abteilung Grün- u. Landschaftsplanung der Stadt Köln) u.Simon Hubacher (Büro neubighubacher), Mod.: Jürgen Keimer (hdak), eine Stunde Baukultur, 19 Uhr, Haus der Architektur, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln

Exit. Warum Menschen aufbrechen. „Globale Migration im 21. Jahrhundert“, Referent: Prof. Dr. Thomas Faist (Prof. für Transnationale Beziehungen, Entwicklungs- und Migrationssoziologie), VA: Kath. Bildungswerk, 19.30 Uhr, Domforum, Roncalliplatz 2, 50667 Köln

Do., 28. Februar

Wert / Schätzen. Eine Ausstellung über Anerkennung in der Migrationsgesellschaft, (re-)aktive DOMiD-Labs Ausstellung bis 28.2., Info: https://www.domid-labs.de/, 15 bis 19 Uhr. Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln

Do., 29. Februar

Abschlussveranstaltung des Black History Month
und Feier zum 2-jährigen Bestehen der Theodor Wonja Michael Bibliothek, Black History Month, Eintritt frei, Spenden willkommen, 19 Uhr, Theodor Wonja Michael Bibliothek, Victoriastraße 6-8, 50668 Köln

Fr., 1. März

Wer wählt die AfD? Und warum?
Eine Analyse des Wahlerfolgs einer rechtsextremen Partei, Vortrag von Richard Gebhardt (Politikwissenschaftler, Publizist), VA: https://nrw.rosalux.de u.a. 19.30 Uhr, Friedensbildungswerk, Obenmarspforten 7-11, 50667 Köln

So., 3. März

Frauen im deutschen Kolonialismus. Kolonialkritischer Stadtrundgang, Kosten: 12,-, VA: https://www.frauengeschichtsverein.de, Treffpunkt: Bürgerzentrum Stollwerck, Köln-Südstadt

Mo., 4. März

Der Kampf im Iran geht weiter. Menschrechtsaktivistin Maryan berichtet, Kostenbeitrag erbeten, VA: Kölner Frauengeschichtsverein u. Friedensbildungswerk, 29. 19.30 Uhr, Friedensbildungswerk, Obenmarspforten 7-11, 50667 Köln

Do., 7. März

Frauenkämpfe in Lateinamerika. Vortrag und Diskussion, Eintritt frei, VA: frauengeschichtsverein u.a. 19 Uhr, FORUM Volkshochschule im Museum am Neumarkt.

Fr., 8. März

Atommüll-Transporte von Jülich nach Ahaus. Warum sollen die Castoren vom ehemaligen Kernforschungszentrum Jülich ins Zwischenlager nach Ahaus gebracht werden?, Diskussion mit Expert:innen. Friedensbildungswerk Obenmarspforten 7-11.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Mo., 11. März

Vom Mietertelefon zur Oberbürgermeisterin
Wie die KPÖ in Graz zur stärksten der Parteien wurde, Vortrag & Diskussion mit Ernest Kaltenegger, VA: https://nrw.rosalux.de u. Linksfraktion im Kölner Rat, 19.30 Uhr, Rathaus Rathausplatz 1, 50667 Köln

Di., 12. März

LobauBleibt! In Wien ist es gelungen den Bau einer Stadtautobahn durch ein Naturschutzgebiet zu verhindern, Film u. Gespräch mit Aktivist:innen von „System Change not Climate Change“ zur LobauBleibt!-Kampagne, VA und Info: https://a4minus.de, 19 Uhr, Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer-Str. 58, 51103 Köln

Do., 21. März

#15vor12FuerMenschenwuerde. Aktion von Köln stellt sich quer und vielen anderen Organisationen in der gesamten Stadt.
Nachmittags Sternmarsch Demokratie schützen – AfD bekämpfen. Nähere Information auf der Facebook-Seite von Köln stellt sich quer.

FRAKTIONS-TERMINE

Do, 29. Februar, 18.00 Uhr
AK Verkehr

Do, 29. Februar, 19.00 Uhr
AK Bildung und Jugend

Mo, 4. März, 18.30 Uhr
AK Gesundheit + Inklusion Ausschussvorbereitung

Do, 7. März, 18.00 Uhr
AK Bau, Liegenschaften, Stadtentwicklung und Wohnen

Do, 7. März, 18.15 Uhr
AK Kunst, Kultur und Medien

Di, 12. März, 18.15 Uhr
AK Frauen

Do, 14. März, 19:00 Uhr
AK Bildung und Jugend

Mo, 18. März, 19.30 Uhr
AK Gesundheit + Inklusion

Mi, 27. März, 18.15 Uhr
AK Umwelt

Do, 11. April, 18.15 Uhr
AK Kunst, Kultur und Medien

Fr, 12. April, 16.00 Uhr
AK Soziales und Integration

Platzjabbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

. . . . . .
Name, Vorname

. . . . . .
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de
V.i.S.d.P. Michael Weisenstein

21. Januar 2024. 70000 Menschen auf der Deuter Werft. Demokratie schützen! AfD bekämpfen!

Stadt Köln und Universität Köln müssen sich von extrem Rechten trennen!

Die Stadt Köln hat schnell und konsequent Simone Baum fristlos gekündigt. Sie ist in der Werteunion und hat an dem Nazi-Treffen in Potsdam im letzten Jahr teilgenommen. Das ging durch die Kölner Medien.

Eine zweite Person in Köln, Dr. Ulrich Vosgerau, ebenfalls Teilnehmer des Nazi-Treffens in Potsdam, gibt auf seiner Internetseite an, Privatdozent der Universität zu Köln zu sein. Seit mehr als zwei Wochen prüft die Universität, ob er noch als Privatdozent geführt werden soll.

Die Universität Köln muss sich fragen lassen, warum sie nicht handelt. Sie schreibt, Dr. Vosgerau würde seit 2015 keine Vorlesungen mehr als Privatdozent halten.

Interessant ist, dass Vosgerau 2016 eine Anstellung an der Hochschule der Polizei in Münster-Hiltrup verweigert wurde. Dr. Ulrich Vosgerau schreibt 2021 in einem Aufsatz in der Zeitschrift Erträge 8 der Bibliothek des Konservatismus in einer Fußnote (1) und auf X (vormals twitter) am 24.10.2023 (2):

„Im Oktober 2016 trat die Deutsche Hochschule der Polizei in Münster-Hiltrup, eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder, buchstäblich in letzter Sekunde von meiner – eigentlich bereits feststehenden – Berufung auf eine Vertretungsprofessur mit Entfristungsaussicht für Öffentliches Recht und Polizeirecht zurück, nachdem deren Präsident auf meinen Cicero-Aufsatz aufmerksam gemacht worden war.“

Dr. Vosgeraus Eitelkeit geht so weit, dass er dem bayerischen Ministerpräsidenten Söder vorwirft, seine damalige Kritik an der Flüchtlingspolitik inhaltlich übernommen zu haben. Er habe Söder, aber auch den damaligen Innenminister Seehofer damals um Hilfe bei der Besetzung der Polizeihochschule gebeten. Sie hätten sich „nicht gerührt“.

Es ist auffällig, dass extrem rechte Dozenten an die Universitäten drängen oder dort bereits eine Anstellung gefunden haben. Die Universitätsleitung muss jetzt schnell und rechtssicher handeln und sich darüber Gedanken machen, dass dies kein Einzelfall ist.

Studierende der Universität Köln berichten, dass dies nicht der einzige extrem rechte Dozent ist.

Jörg Detjen

Quellen:

1 Erträge Schriftenreihe der Bibliothek des Konservatismus, Band 8, Fußnote 15 und 16.

2 @UlrichVosgerau auf X am 24. Oktober 2024: https://twitter.com/UlrichVosgerau/status/1716728469147504774